FDP Maintal

10-STUNDEN-ANGEBOT AN KITAS ERMÖGLICHT GLEICHBERECHTIGUNG

15.04.2025

FDP-FRAKTION STELLT ANTRAG ZUR EINRICHTUNG VON MINDESTENS SECHS 10-STUNDEN-GRUPPEN IN DEN STÄDTISCHEN KITAS

„Ein ausreichendes Angebot an Kita-Plätzen ist nicht nur wichtig für eine gute frühkindliche Bildung, sondern auch notwendig, damit die Eltern gleichberechtigt entscheiden können, wie sie sich beruflich einbringen," fasst die Stadtverordnete Hannelore Eimer ein Kernanliegen der Maintaler FDP zusammen. Dieses hat die Fraktion in einen Antrag zur kommenden Stadtverordnetenversammlung gegossen. Sie fordert den Magistrat auf, mindestens 6 Kita-Gruppen anzubieten, in denen die Kinder 10 Stunden betreut werden können. „Es darf nicht dazu kommen, dass Eltern entscheiden müssen, wer von beiden nicht Vollzeit arbeiten darf, weil das Kind keinen ausreichend langes Angebot für einen Kita-Platz bekommt," ergänzt der FDP-Ortsvorsitzende Leo Hoffmann.

Aus Sicht der FDP ist die grundlegende Bedeutung von Kita-Plätzen für die frühkindliche Bildung und die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund unbestritten. Deshalb sei es wichtig ausreichend Plätze anzubieten. „Die meisten dieser Plätze müssen nicht 10 Stunden bereitstehen, oft reichen auch sechs Stunden," beruft sich Hannelore Eimer auf die Statistiken der Stadt. Zugleich zeige aber der Protest der Eltern gegen die sogenannten Notfallmaßnahmen des Magistrats, dass eben auch lange Betreuungszeiten unverzichtbar seien. Das breitere Angebot ermöglicht beiden Eltern wie auch Alleinerziehenden eine Teilhabe an der eigenen beruflichen Entwicklung in dem Maße, wie diese es selbst wünschen, vom Verzicht auf eine eigene berufliche Zeit über die Arbeit in Teilzeit bis hin zur Arbeit in Vollzeit. „Unser Vorschlag sieht vor, dass in jedem Stadtteil mindestens eine Gruppe in einer städtischen Kita mit einer 10-stündigen Betreuungszeit angeboten wird," erläutert Leo Hoffmann.

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-maintal.de/?p=14214

„Trotz der finanziellen Belastungen der Stadt und dem Personalmangel darf es keine flächendeckende Reduzierung von Betreuungszeiten geben," weist Hannelore Eimer die Behauptung der Bürgermeisterin zurück, es gäbe einen ‚Notstand', der diese staatliche Leistung in Frage stellen darf. Es ist für die FDP die Aufgabe von Stadt und Land die Voraussetzungen zu erfüllen, um diese Leistung zu erbringen. Insbesondere das Land habe über Jahre diese Aufgabe nicht im gebotenen Maß erfüllt. „Nicht zeitgemäßen Ausbildungs- und Betriebsvorschriften sowie die finanzielle Unterversorgung der Stadt sind das Hauptproblem, das es zu bekämpfen gilt," verdeutlicht Leo Hoffmann, dass der Magistrat richtigerweise Druck auf das Land ausübt und ergänzt abschließend: „Die Kita-Misere ist ein klassisches Beispiel dafür, dass Bund und Land Gesetze zu Lasten der Kommunen erlassen und nicht für die ausreichende Finanzierung sorgen."

Hier geht es zum Antrag.

Abgerufen am 22.11.2026 unter https://fdp-maintal.de/?p=14214